



Bertin Eichler

Hauptkassierer der IG Metall

Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa.

Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai in Bremen

Bremen, den 1. Mai 2013

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Gute Arbeit – Sichere Rente – Soziales Europa.

So lautet unser diesjähriges Motto für den 1. Mai.

Dafür erheben wir heute unsere Stimme.

Laut und deutlich und in der gesamten Republik:

Gute Arbeit, faire und gerechte Löhne und soziale Sicherheit. Und zwar für alle Menschen, in ganz Europa, liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

(Art. 1 des GG)

Das gilt auch und vor allem für die Würde der arbeitenden Menschen am Arbeitsplatz.

Eine Würde, die es immer wieder neu zu schützen und zu verteidigen gilt.

Immer mehr Menschen arbeiten zu schlechten Löhnen und unter schlechten Bedingungen.

- In Deutschland arbeiten mittlerweile etwa 10 Millionen Menschen in befristeten Arbeitsverhältnissen, in Leiharbeit oder Minijobs.
- Über Werkverträge wird an der Lohndumpingschraube kräftig weitergedreht.
- Knapp acht Millionen Menschen sind Niedriglöhner und verdienen im Durchschnitt weniger als sieben Euro pro Stunde

Das ist nicht fair, das ist nicht gerecht – das haben die Menschen und ihre Familien nicht verdient!

Es ist ein Skandal, dass Menschen von ihrer Arbeit nicht leben können.

Wir brauchen endlich eine neue, eine soziale Ordnung auf dem Arbeitsmarkt.

Wir wollen für alle Menschen ein gutes und sicheres Einkommen und ein Leben in Würde!

Und wir wollen, dass sie eine Arbeit finden, die sie ausfüllt, die ihrem Leben einen Sinn gibt, die sie zufrieden macht und nicht zu Bittstellern herabwürdigt.

Unser Leitbild, unsere Vorstellung von Arbeit lautet:

- Gute, sichere, qualifizierte, und anständig bezahlte Arbeit
- Unbefristet und tarifgebunden
- Mit guter Aus- und Weiterbildung, mit der Chance sich zu entwickeln
- Gesund bis zu regulären Rente
- Mit Mitbestimmung und Demokratie

Das ist das Bild einer Arbeitsgesellschaft, die Zukunft hat! Dafür arbeiten und streiten wir!

Und wo wir können, gestalten wir die Arbeitswelt mit unserer Tarifpolitik selbst.

Ob im Öffentlichen Dienst, in der Metallindustrie oder in der Chemischen Industrie, die Gewerkschaften haben in den zurückliegenden Tarifrunden gute Erfolge erzielt.

Die IG Metall konnte Zuschläge für Leiharbeitnehmer und die Übernahme der Ausgebildeten durchsetzen. Die Kolleginnen und Kollegen von ver.di haben vor kurzem einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem branchenweiten Mindestlohn von 8,50 Euro im Friseurhandwerk machen können (22. April).

Das sind einige von vielen guten Gründen, warum wieder mehr Menschen Zutrauen in die Kompetenz von Gewerkschaften haben. Wir sorgen für gute Bedingungen in der Arbeitswelt und wir setzen uns für die richtigen Ziele ein.

Darauf können wir auch mal stolz sein, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Tarifrunde 2013

Tarifauseinandersetzungen sind aber keine Selbstläufer.

Beim Versandhändler Amazon kämpfen die Kolleginnen und Kollegen für bessere Arbeitsbedingungen. Der geforderte Anerkennungstarifvertrag wird vom Arbeitgeber strikt abgelehnt.

Die Kolleginnen und Kollegen sollen für bis zu 9.000 Euro pro Jahr weniger arbeiten und auch auf Urlaubstage verzichten, als ihnen der Tarifvertrag zusichern würde.

Amazons Devise heißt „Wachstum um jeden Preis, auch auf dem Rücken der Beschäftigten.“

Hier gibt es nur eine Antwort: Wenn der Arbeitgeber die Zeichen nicht verstehen will, dann werden die Kolleginnen und Kollegen um ihre Rechte kämpfen.

Bei der Lufthansa spitzt sich ebenfalls der Konflikt für rund 33.000 Beschäftigte des Bodenpersonals zu.

Klare und verhandelbare Angebote seitens des Arbeitgebers? Fehlanzeige!

0,5 Prozent mehr Gehalt und keinerlei Zusagen zur Beschäftigungssicherung sind genauso inakzeptabel, wie das Angebot, das uns die Metallarbeitgeber gemacht haben. (Verdi fordert sichere Jobs sowie 5,2 Prozent mehr Gehalt bei einer Laufzeit von zwölf Monaten).

2,3 Prozent Lohnerhöhung für 13 Monate, in denen zwei Nullmonate enthalten sind, nennen sie eine „spürbare Reallohnsteigerung“ und einen „verlässlichen und fairen Lösungsvorschlag“ (Mai und Juni).

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
das ist kein Lösungsvorschlag, das ist eine Provokation!

Mit Rekordgewinnen von über 50 Milliarden Euro und bei weiter steigenden Millionengehältern für die Vorstände machen sie uns ein Angebot, das auf 12 Monate gerechnet gerade mal 1,9 Prozent Lohnsteigerung entspricht.

Eine faire Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg sieht anders aus, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Lasst es mich ganz klar sagen: Wir werden uns nicht mit diesem „Billigangebot“ abspeisen lassen!

Deshalb wird es ab morgen machtvoll Warnstreiks in der ganzen Republik geben.

Lasst uns das gemeinsam anpacken und den Arbeitgebern zeigen, was wir von ihrem Lösungsvorschlag halten.

Die Beschäftigten haben mehr verdient. Und daher bleibt es dabei: 5,5 Prozent mehr für 12 Monate. 5,5 Prozent mehr – da ist finanzierbar, das ist gerecht und das ist auch notwendig.

Mindestlöhne, Leiharbeit, Rente mit 67

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im September sind Bundestagswahlen.

Für den notwendigen Kurswechsel in der Politik müssen und werden wir uns in den kommenden Monaten in den Betrieben und gesellschaftspolitisch einmischen.

Das ist bitter nötig! Denn die Politik handelt nur, wenn sie den nötigen Druck verspürt.

Es ist absolut inakzeptabel, dass selbst in dem wirtschaftlich starken Deutschland der Trend zu immer mehr Leiharbeit, Minijobs und befristeter Beschäftigung ständig zunimmt. Das ist nichts anderes als Lohndumping, das ist unsozial und wirtschaftlich kontraproduktiv!

Daher kämpfen wir weiter für flächendeckende, vernünftige Mindestlöhne. Per allgemeinverbindlichem Tarifvertrag und per Gesetz! Das absolute Minimum muss 8,50 Euro sein!

Es ist allerhöchste Zeit, das in Ordnung zu bringen!

Bremen hat damit als erstes Bundesland angefangen. Mit dem im Juli 2012 verordneten Mindestlohngesetz nimmt ihr eine positive Vorreiterrolle ein. Überall dort, wo Geld des Landes oder seiner Städte im Spiel ist, müssen mindestens 8,50 Euro Stundenlohn gezahlt werden. Und ihr zeigt, dass es geht. Das ist gut so.

Das gleiche gilt beim Thema Leiharbeit.

In keinem anderen Wirtschaftsbereich sind so erhebliche Beschäftigungszuwächse zu verzeichnen, wie in dieser Branche. In manchen Unternehmen stellen heute Leiharbeitskräfte einen Großteil der Belegschaft dar.

Hier geht es nicht um Flexibilität zur Abdeckung von Auftragsspitzen, wie die Arbeitgeber immer sagen.

Nein, hier geht es um Missbrauch und die Schaffung billiger Arbeitsplätze mit dem Erpressungspotenzial unserer Stammbeschaften.

Zweiklassengesellschaften in den Betrieben sind ein Skandal. Schreiend ungerecht, nicht akzeptabel!

Gleiche Arbeit – Gleiches Geld – Gleiche Rechte.

Das ist unsere Forderung!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Bundesregierung und Arbeitgeberverbände tönen zu jeder Gelegenheit von der Segnung älterer Arbeitnehmer. Sie seien im Zeichen des Fachkräftemangels gefragter denn je und immer mehr Arbeitsplätze für über 60-Jährige seien vorhanden.

Die Botschaft entspricht nur nicht der Realität!

Die Wirklichkeit in Hallen und Büros sieht leider anders aus. Die schöne neue Arbeitswelt für die Älteren ist eine Fata Morgana.

Unsere Betriebsräte sagen uns, dass nicht einmal 4 Prozent der Beschäftigten über 60 Jahre alt sind; und nur knapp ein Prozent der Beschäftigten sind über 63 Jahre.

Fast 80 Prozent der Befragten sagen, dass sie davon ausgehen, dass die Beschäftigten das gesetzliche Rentenalter nicht gesund erreichen können.

In 92 Prozent der Betriebe gibt es „selten“ oder „nie“ Maßnahmen zur altersgerechten Arbeitsgestaltung.

Mit anderen Worten: Allerorten wird von der demografischen Entwicklung gesprochen. Reagiert wird auf diese Herausforderung dennoch nur ungenügend oder überhaupt nicht.

Die Leidtragenden dieses Versäumnisses sind die Beschäftigten. Für sie heißt es immer öfter: „Zu kaputt für die Arbeit – zu jung für die Rente.“

Lasst uns daher der Politik auch weiterhin klar sagen, was wir von der Rente mit 67 halten!

Immer länger arbeiten, immer höhere Belastungen!

Während gleichzeitig die Jobs für die Jüngeren fehlen! Und Rentenkürzungen für alle, die nicht bis zum Schluss durchhalten!

Während viele der heutigen Rentnerinnen und Rentner jetzt schon nicht anständig von ihrer Rente leben können!

Das ist Irrsinn! Das kann nicht funktionieren!

Alle, die die betriebliche Praxis kennen, wissen das.

Und deshalb gibt es dazu von uns nur eine Antwort:

Wir wollen Regelungen für einen fairen Altersausstieg!

Unser Modell lautet: Statt „Einheitsgrenze für Alle“ – „Wahlmöglichkeiten für Jeden“.

Unterschiedliche Beschäftigtengruppen benötigen unterschiedliche Möglichkeiten für einen fairen und gesunden Ausstieg aus dem Erwerbsleben.

Daher: Schafft endlich flexible Übergänge in die Rente! Unsere Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch.

Und liebe Kolleginnen und Kollegen,

wer 40 Jahre geschuftet und in die Rente einbezahlt hat, der muss auch mit 60 in Rente gehen dürfen und zwar ohne Abschläge!

Junge Generation und Europa

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die zunehmende Unordnung am Arbeitsmarkt geht vor allem zu Lasten der jungen Generation.

- Der Zugang zur Bildung und damit die Chancen der Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen hängt immer mehr vom Geldbeutel der Eltern ab.
- Weit über 1 Millionen junge Menschen (zwischen 20 und 29) haben keinen Berufsabschluss.
- Über 65 Prozent der Auszubildenden, wissen nicht, ob sie am Ende der Ausbildung übernommen werden.
- Über 50 Prozent der unter 30 jährigen sind prekär beschäftigt.
- Von der Ausbildung in Mini-Job, Praktikum, Werkvertrag, Leiharbeit, Befristung.

Das ist kein Leben, das ist keine Perspektive, das ist eine Zumutung für die jungen Menschen, das ist nicht hinnehmbar!

Für uns steht fest:

Anstelle von unnötigen Diskussionen über Fachkräftemangel brauchen wir höhere Investitionen in Bildung und ein gerechtes Bildungssystem.

Und dazu gehört auch eine unbefristete Übernahme nach der Ausbildung!

Ausbildung und unbefristete Übernahme ist die beste Investition in die Fachkräfte von morgen!

Die Zukunftschancen vieler junger Menschen werden verbaut, man entzieht ihnen die Grundlage für eine selbstbestimmte Lebens- und Berufsplanung.

Die Forderungen unserer jungen Menschen sind daher klar:

Sie erwarten eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf (89 Prozent), sowie die Einführung von Mindestlöhnen (80 Prozent) und die Begrenzung von Leiharbeit (72 Prozent).

Und ich sage: „Frau Merkel, Europas Jugend braucht Ausbildung und Arbeit.“ Es muss endlich Schluss sein mit Wegtauchen und auf die lange Bank schieben. Die Politik in Europa läuft verkehrt. Und die deutsche Regierung ist dabei Treiber und nicht Opfer.

Die Opfer, das sind die Jugendlichen in Europa, denen man ihre Zukunft nimmt.

In Griechenland und in Spanien haben über 50 Prozent der unter 24-Jährigen keine Arbeit.

Das muss man sich mal vorstellen! Jeder Zweite hat keinen Job, keine Perspektive, kann keine Familie gründen.

Und das Schlimmste ist das Gefühl, nicht gebraucht zu werden!

Das müssen wir ändern! Das darf so nicht bleiben!

Was soll diese Generation für eine Haltung zur Arbeit, zum Leben und zur Gesellschaft entwickeln, wenn ihnen der Zugang zum Erwerbsleben verweigert bleibt?

Wenn viele junge Leute keine Arbeit finden, beschädigt das nicht nur ihre Zukunftsperspektiven, sondern das zerstört langfristig auch den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Wenn junge Leute Europa vor allem mit Arbeitslosigkeit und Sozialabbau in Verbindung bringen, dann hat dieses Europa keine Zukunft.

Für den freien Kapitalverkehr und ein Europa der sozialen Kälte wird sich niemand begeistern. Europa muss eine soziale Zugewinnngemeinschaft werden. Das ist unsere Botschaft für den politischen Kurswechsel.

Bundestagswahl

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das neoliberale Denken bestimmt immer noch die Inhalte und die Richtung der Politik. Mehr als man nach den Erfahrungen aus der Krise denken mag.

Für uns steht fest: Die Politik wird vor und nach der Bundestagswahl im Herbst daran gemessen werden,

- wie sie die europäische Koordinierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik voranbringt,
- wie sie die neue Ordnung am Arbeitsmarkt einleitet,
- wie sie die dringend erforderliche Regulierung der Finanzmärkte auf den Weg bringt
- und wie sie sich zur Wachstums- und nachhaltigen Industriepolitik aufstellt.

Klar dabei ist: Einen handlungsfähigen Staat gibt es nur, wenn er finanzielle Spielräume hat.

Hier sind wir in einer Schieflage:

Die Reichen werden immer reicher!

Die Armen werden immer ärmer!

Und der Staat hat zu wenige Einnahmen!

Eine veränderte Steuerpolitik mit einer gerechteren Verteilung ist dringend nötig!

Es gibt zwei Formen von Exzessen in Deutschland.

Der eine findet unten statt, wo Menschen hart arbeiten und trotzdem von ihrem Lohn nicht leben können, weil sie nicht einmal einen Mindestlohn bekommen.

Der andere Exzess findet in den oberen Etagen der Gesellschaft statt, wo ein Teil der selbsternannten Eliten es nicht mehr für nötig hält, sich an Recht und Gesetz zu halten.

Diese Leute nehmen für sich das Recht in Anspruch, selbst zu entscheiden, wofür sie Geld ausgeben – gern unter öffentlichem Beifall auf Wohltätigkeitsveranstaltungen. Teile der selbsternannten Eliten zerstören das Vertrauen, dass vor dem Gesetz alle gleich sind.

Steuerhinterziehung ist kein „Kavaliersdelikt“, sondern Diebstahl am Gemeineigentum.

Und daran ändert auch eine Selbstanzeige oder irgendwelche anonymen Abkommen mit der Schweiz nichts.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

um unsere politischen Ziele zu erreichen, rate ich niemanden dazu, was er oder sie wählen soll. Ich rate aber dazu, vor der Wahl genau hinzuhören, was wer verspricht. Und vor allem rate ich dazu, sich zu beteiligen und zur Wahl zu gehen!

Faschismus und Rechtsextremismus

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Faschismus und Rechtsextremismus sind eine akute Gefahr, an die wir uns nicht nur an historischen Gedenktagen schauernd erinnern.

Morgen, am 2. Mai, ist aber so ein Gedenktag.

Zum achtzigsten Mal jährt sich die Zerschlagung der freien deutschen Gewerkschaftsbewegung durch die Nationalsozialisten am 2. Mai 1933.

Den 1. Mai 1933 hatten die Nationalsozialisten als „Feiertag der nationalen Arbeit“ inszeniert. Am 2. Mai besetzten und verwüsteten SA-Kommandos im ganzen Land Gewerkschaftshäuser, Büros und Wohnungen. Dazu gehörten auch die Häuser in Cuxhaven, Bremerhaven und Bremen.

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wurden von den Nationalsozialisten verhaftet, verschleppt, gefoltert und ermordet. In Bremen alleine waren es über 30 Kolleginnen und Kollegen, die in Schutzhaft genommen wurden. Viele, die überlebten, engagierten sich unter großen Risiken im Widerstand gegen die Nazis.

Wenn morgen an vielen Orten an die Zerschlagung der Gewerkschaften vor 80 Jahren und an die vielen Opfer der nationalsozialistischen Terrorherrschaft gedacht wird, dann geht es um mehr als das bloße Erinnern an diesen Tag. Dieser Gedenktag ist uns Mahnung und Verpflichtung zugleich!

Wir haben die Lektion aus der Geschichte gelernt.

Erstens: Nie wieder Krieg und Faschismus!

Und zweitens: Hütet die Einheitsgewerkschaft wie euren Augapfel!

Unsere Geschichte verpflichtet uns zum Handeln gegen rechtsextremes Denken und Handeln, gegen Rassismus und Intoleranz.

Jeder einzelne von uns trägt Verantwortung für die Gestaltung einer demokratischen und freien, sozialen und gerechten Gesellschaft.

Dazu gehört auch, dass rechtsextreme Organisationen verboten werden. Ein Verbot der NPD ist längst überfällig.

Doch Verbote allein reichen nicht aus. Es müssen auch rechtsextreme und rassistische Einstellungen in der Gesellschaft bekämpft werden. Dafür setzen sich die Gewerkschaften in ihrer täglichen Arbeit ein, damit es nie wieder heißt: „Zu spät“.

Seit 1990 gab es in Deutschland insgesamt über 180 Todesopfer rechtsradikaler Gewalt.

Rechtsradikaler Terror zielt auf die Werteordnung von Demokratie und Menschlichkeit. Offenheit, Toleranz und Respekt, das sind Tugenden, die Nazis und Rassisten verachten und mit Füßen treten.

Die Gewerkschaften des DGB stehen an der Seite aller Menschen, die sich für eine Gesellschaft einsetzen, in der Jeder, in der Jede ohne Angst Andersartigkeit leben kann.

Wir bleiben aktiv, in vielfältigen Bündnissen, Initiativen und Aktionen. Rechtsradikale und rassistische Gedanken dürfen das Wertegefüge der Gesellschaft nicht verschieben.

Wir lassen uns das Zusammenleben und Zusammenarbeiten der Menschen verschiedenster ethnischer und kultureller Herkunft nicht vergiften!

Mit dem Eintreten für Solidarität und Respekt können wir Vorbilder sein und damit die Gesellschaft verändern.

Das sind wir den Opfern rechtsradikaler und rassistischer Gewalt schuldig.

Unsere Botschaft lautet: „Respekt! – Kein Platz für Rassismus.“

Daher rufe ich euch auf, setzt Zeichen für Solidarität, Würde, Anerkennung und Respekt am Arbeitsplatz und überall dort wo ihr rassistischen Erscheinungen begegnet.

Diese Werte müssen Maßstab des Handelns sein, nicht nur in den Betrieben und in der Politik. Beteiligt euch an allen Aktionen, die gegen jede Form der Ausgrenzung von Andersdenkenden kämpfen.

Der kürzlich verstorbene Stéphane Hessel (engagierter Widerstandskämpfer im Dritten Reich) sagte einmal in seinem viel beachteten Aufsatz mit dem Titel „Empört Euch!“, ich zitiere: „Wenn man sich über etwas empört, wird man aktiv, stark und engagiert. Man verbindet sich mit dem Strom der Geschichte, und der große Strom der Geschichte nimmt seinen Lauf dank dem Engagement der Vielen – zu mehr Gerechtigkeit und Freiheit.“

In diesem Sinne:

Ich wünsche euch und euren Familien einen schönen 1. Mai!

Ich danke Euch!